

Möge die **Macht mit Dir** sein

Gastkommentar von Wolfgang Lusak
Unternehmensberater und Lobby-Coach

Nicht genug, dass die gute alte Gewaltentrennung – zwischen Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit – in den westlichen Demokratien schwer unterlaufen ist, werden auch noch die drei großen gegenwärtigen Machtpole der westlichen Gesellschaft – Politik, Wirtschaft und Medien – von wenigen Menschen und Organisationen gleichzeitig dominiert. Gibt es noch eine Chance auf eine demokratische Gesellschaft, in der nicht ganze Parlamentswahlen zur Farce gemacht, bedeutende Innovationen missbraucht und die öffentliche Kommunikation manipuliert werden?

Seit es Demokratien gibt, versuchen nach Macht, Geld und Bedeutung Strebende sich die drei großen Leistungseinheiten der staatlichen Autorität mit allen möglichen Mitteln für ihre Zwecke gefügig zu machen, also die Gewaltentrennung zu durchbrechen. Das geschieht dadurch, dass sie in allen drei Bereichen als Parteien, Gewerkschaften oder Lobbys möglichst viele Positionen besetzen bzw. die dort Tätigen an sich binden. Das geschieht mit – korrekten oder manipulierten – Informationen, Argumenten und Studien, mit – legalen oder illegalen – Leistungsübernahmen, Förderungen und sonstigen Anreizen, mit einem – inszenierten oder authentischen – „Druck der Straße“ etc. Das geschieht in einem beständigen

Kampf zwischen den Parteien um Vorteile und Mehrheiten, in dem oft von „den Reichen“ das Geld und von „den Massen“ die Wählerstimmen genommen werden. Der nach außen geführte Kampf zwischen rechten und linken Positionen kulminiert in einer Auseinandersetzung zwischen Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit, Bildungsnähe und Bildungsferne, Kapitalzugang und Mittellosigkeit.

Durch all dies und durch die zunehmende Heterogenität, Multikulturalität und Wandlungsfähigkeit (neue Lebensmodelle etc.) unserer Gesellschaft nimmt auch die Wichtigkeit des voneinander unabhängigen und fundierten Wirkens von Abgeordneten, Beamten und Richtern weiter zu.

Die klassische staatliche Gewaltentrennung war und ist daher ein vernünftiges Prinzip, mit dem das Dominieren eines Teils der Gesellschaft zu Ungunsten eines anderen verhindert werden soll. De facto ist in Europa und Österreich dieses Prinzip zum Nachteil einer echten Demokratie jedoch sehr durchlöchert worden. Es kam aber noch schlimmer.

Zusätzlich und dramatisch verschärft hat sich in den letzten Jahrzehnten die Situation dadurch, dass die Globalwirtschaft – im Wesentlichen Großkonzerne und Finanz-

giganten – nicht nur innerhalb der Staaten, sondern praktisch überall mit Geld, Know-how und Arbeitsplätzen so in die Politik und die Medien eingreift, dass viele von einer Quantifizierung und Entmenschlichung unserer Politik – in unmittelbarer Folge auch unserer Gesellschaft – sprechen. Sie sehen in der Dominanz des Wirtschaftlichkeitsaspektes die Ursache für Armut, Umweltzerstörung, gefährlichen Klimawandel und soziale Fehlentwicklungen.

Auf fünf Aspekte ist in dem Zusammenhang genau zu achten:

1. Die Wirtschaft der Welt hat sich vermehrt in a) eine dominierende, Gewinne abschöpfende Globalwirtschaft, b) einen innovativen, notwendige Regionalität erhaltenden, nachhaltigen wie überproportional Steuer zahlenden Mittelstand (KMU) und in c) die extrem heterogenen, oft auch „working poor“ Einpersonunternehmen (EPU, eine Art Treibsand des Kapitalismus) gesplittet.
2. Die Globalwirtschaft dominiert ganz besonders mit Ressourcen-Aneignung (z. B. Ölkonzerne), Finanzherrschaft (z. B. undurchschaubere „too big to fail“-Banken und Börsen) und Kommunikationsmonopole (z. B. Google, Facebook).
3. Die Gewerkschaften und Sozial-



vertreter sind unausgesprochen mit der Globalwirtschaft in eine unheilige Groß-Lobby-Allianz eingetreten, welche sich darin einigt ist, dass einerseits den sozial Schwachen ein Mindestmaß an Leistung und Aufstiegschancen gegeben wird (Mindestsicherung, Bildungsförderung etc.) und andererseits die Massenversorgung mit (oft bedenklichen) globalen Massenprodukten ungehindert, ja heftig beworben fortgesetzt werden kann: „Brot und Spiele“ auf Kosten des Mittelstandes bzw. der kleineren Leistungsträger.

4. Die Medien befinden sich in einem fundamentalen Wandel vom klassischen, unabhängigen Printjournalismus zu einer Multimediakommunikationswelt mit Film & TV, Internet, Mobile, Gigaevents etc., in der die Karten neu verteilt werden; in der Gratisinformation nicht ordentlich recherchiert ist, bzw. gar nicht der Realität entspricht (von Wikipedia bis zu U-Bahn-Medien); wo Qualitätsjournalismus immer schlechter bezahlt wird, immer mehr unter Druck kommt.
5. Die Politik - besonders deren etablierte Vertreter - steht dieser Entwicklung mit Hilflosigkeit und Schläue (bis hin zur Korruption), mit kurzfristigem Reagieren statt langfristigem Agieren und mit unzureichenden Mitteln, Strukturen und Größenordnungen gegenüber. Lobbying - zum entscheidenden Instrument der modernen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geworden - ist leider einer großen Mehrheit nicht zugänglich.

Damit die staatliche Gewaltentrennung wieder verbessert und eine faire regionale, staatliche und globale Machtbalance zwischen Politik, Wirtschaft und Medien wiederhergestellt wird, möchte ich aus dem Blickwinkel der westlichen Gesellschaft und Demokratie folgende Zielsetzungen und Anregungen zur Diskussion stellen:

- Völlige Transparenz über den Zustand der Gewaltentrennung durch geeignete unabhängige Kontrollinstitutionen plus Konzepte für die Ausweitung und Durchsetzung zeitgemäßer Gewaltentrennungsaktivitäten.
- Völlige Transparenz über den Zustand der Machtbalance zwischen Politik, Wirtschaft und Medien unter besonderer Berücksichtigung der Dreistufigkeit der Wirtschaft und der Dominanz der Großlobbys der Globalwirtschaft und der Soziallobbys durch geeignete nationale, EU-weite und globale Institutionen plus Konzepte für die Ausweitung und Durchsetzung zeitgemäßer Machtbalanceprojekte
- Sicherung des Bestandes von unabhängigem Qualitätsjournalismus durch Bildung, Förderung, Image/Wertschätzung - gleich in welchen Medien dieser agiert
- Alles tun, was den Mittelstand (KMU mit ihren Chefs und Mitarbeitern, EPU, Freiberufler, Haupterwerbsbauern) als verantwortungsvollen Balancefaktor zwischen Globalkapitalismus und Globalsozialismus stärkt, z. B. mit Mittelstandsquote in der Gesetzgebung; verbesserte Interessen-

vertretung; Geld, Know-how und Struktur für mittelständisches Lobbying

- Voraussetzungen schaffen, dass etablierte Parteien durch Selbsterneuerung und „Evolution“ wieder zu echten Volksvertretungen werden; zusätzliche Förderung der Aktivitäten der Opposition sowie der Bildung neuer Parteien; generell verbesserter Zugang der Bevölkerung zu Bildung, insbesondere zu den Methoden und Möglichkeiten eines systematischen, transparenten und sauberen Lobbyings.

Immer schon waren kleine qualifizierte Kerngruppen die Triebfedern des Fortschritts- aber auch der sozialen (Leistungs- und Verteilungs)-Gerechtigkeit. Begonnen hat es mit Familien, Stämmen, Klans, fortgesetzt hat es sich in anständigen Großbetrieben, aber auch in kriminellen Organisationen, in legal, aber unakzeptabel zur Macht gekommenen Großeinheiten. Gewaltentrennung, Machtbalance und freier Zugang zum Lobbying sind die Voraussetzungen für eine positive Fortsetzung des „demokratischen Experiments“ der Menschen.

„Möge die Macht mit Dir sein“, wünschten sich die Jedi-Ritter im „Krieg der Sterne“. Was wir brauchen, sind Jedi-Ritter einer fairen mittelständischen Gesinnung, die es ermöglichen, dass die Menschen zusammenhalten und diese Welt besser wird. Eine geradezu meditative, vermittelnde, Mitte erzeugende Aufgabe.